

welt+ MEINUNG NEBEN DER SPUR

Faerer und Paus wollen das AfD-Problem durch staatliche Repression lösen

Stand: 07:53 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Harald Martenstein**
Freier Kolumnist und Autor



2535



Harald Martenstein

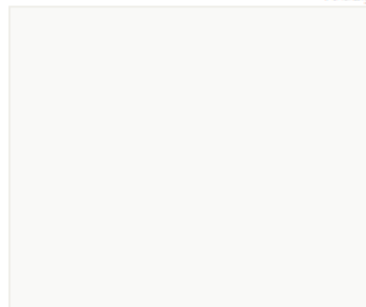
Quelle: Matthias Scharat/kombinatrotweiss

Der autoritäre repressive Staat, das Feindbild vieler aus meiner Generation, kommt zurück. Das zeigen die Pläne der Ministerinnen Faerer und Paus. Denn: Statt die Ursachen des Erstarkens anzugehen, bekämpfen sie die AfD mit Unterdrückung. Dazu schaffen sie gerade die nötigen Instrumente.

Deutschland im Wandel der Zeiten! Seit dem Mai 2021 kümmert sich der Verfassungsschutz um ein neues Aufgabenfeld, es heißt „Delegitimierung des Staates“. Beobachtet werden jetzt auch Bürger, denen keine „extremistische Bestrebung“ nachgesagt werden kann, die aber die eine oder andere staatliche Maßnahme kritisch sehen.

Die Bundesinnenministerin will neuerdings auch gegen Personen vorgehen, die den Staat „verhöhnern“. Und ab April möchte Innenministerin Nancy Faerer „Verfassungsfeinde“ auch ohne „langwierige Disziplinarverfahren“ (Punkt sieben im 13-Punkte-Plan „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ ihres Ministeriums) ruckzuck aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Gilt das auch für Verhöhner und Delegitimierer? Wer weiß, ob Kurt Tucholsky heute noch Standesbeamter werden dürfte, im verrücktesten Deutschland, das es je gab.

Anzeige



Ein- und Ausreisen von „Rechtsextremen“ sollen verhindert werden, wobei der Begriff „rechtsextrem“ einer näheren Definition und einer Abgrenzung gegen „rechts“ oder „konservativ“ weiterhin harret. Die Reisefreiheit von Islamisten scheint aber nicht gemeint zu sein. Wer für Parteien „am rechten Rand“ spendet, muss künftig damit rechnen, dass sein Name veröffentlicht wird, eine Maßnahme, die legale Parteien wie die AfD betrifft, aber weder Islamismus noch Linksradikalismus. Letzterer soll im Gegenteil durch ein „Demokratieförderungsgesetz“ zugunsten vornehmlich zum Teil am linken Rand befindlicher Organisationen mit

Regierungshandeln, zum Teil am linken Rand demokratischer Organisationen mit Staatsknete gepampert werden.

LESEN SIE AUCH



WELT+ NANCY FAESERS AKTIONSPLAN

Man kann die Demokratie nicht verteidigen, indem man am Rechtsstaat rüttelt

Ich hätte nie gedacht, dass der autoritäre, repressive Staat, das Feindbild vieler aus meiner Generation und auch mein Feindbild, in Deutschland noch einmal ein so glanzvolles Comeback erlebt. Er ist wieder da! In einer liberalen Demokratie ist das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern bekanntlich ein völlig anderes als das, was der aktuellen Regierung vorschwebt. Der Staat ist dort für die Menschen da, nicht umgekehrt.

In einem freien Land sind es nicht die Bürger, die sich für „delegitimierende“ Gesinnung vor staatlichen Autoritäten zu rechtfertigen haben. Es ist die Regierung, die sich bei Wahlen um Legitimierung durch das Staatsvolk zu bemühen hat. Die Regierenden sind die Dienstleister. Nicht wir. Fragt sich: Warum das alles? Was bedeutet es?

Jeder weiß, warum die AfD erstarkt

Jeder weiß, warum die AfD immer stärker geworden ist. Die große Mehrheit der Bevölkerung will eine deutlich andere Migrationspolitik. Eine große Mehrheit möchte auch eine Klimapolitik, die unser Land, seine Wirtschaft und seine Menschen nicht auf den Hund bringt. Das sind legitime Wünsche. Sie haben nicht das Geringste mit Extremismus zu tun. Sobald sie erfüllt sind, backt die AfD dauerhaft kleinere Brötchen.

Kurze Zeit sah es für die Leute so aus, als wolle die Regierung umsteuern. Im Oktober noch stand zum Beispiel Olaf Scholz auf dem „Spiegel“-Titelbild mit dem Satz „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“. Dies blieb einer der vielen ziemlich folgenlosen Scholz-Sätze. Schreibt mal jemand eine Liste? Sie müsste beginnen mit „Wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie auch“.

Seit sich zwei Dutzend Leute aus dem rechten Spektrum inklusive CDU in Potsdam getroffen hatten, um über Migration zu reden, wird auf Massendemonstrationen so getan, als stünde Adolf Hitler vor der Tür. Das Wort „Deportationen“ fehlt zwar in fast keinem Kommentar zu diesem Treffen, es fiel in Potsdam allerdings gar nicht, wie auch die Enthüller von „Correctiv“ zugeben. Was genau gesagt wurde, ist jetzt Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen.

LESEN SIE AUCH



WELT+ DISKUSSION UM GEHEIMTREFFEN

Jetzt holt „Correctiv“ zum Gegenschlag aus

Fest steht: Eine Begrenzung der Migration auf ein vernünftiges Maß, was ohne Abschiebungen unmöglich ist, hat nichts mit den Nazis zu tun. Sonst wäre Deutschland ja tatsächlich das letzte nichtfaschistische Land auf Erden. Denn niedriger als in Deutschland sind die Einwandererzahlen inzwischen fast überall.

Die Ankündigungen der Ministerinnen Faeser und Paus lassen eigentlich nur einen Schluss zu: Sie und andere in der Regierung möchten das AfD-Problem mit den Mitteln staatlicher Repression lösen, um ungestört weitermachen zu können wie bisher.

In einer Demokratie kann sich allerdings auch mit noch so vielen Tricks niemand dauerhaft an der Macht halten, der nach Ansicht einer Bevölkerungsmehrheit nicht ihre Interessen vertritt. Das ist das Problem von Faeser und Paus: Sie repräsentieren in einem mehrheitlich gottlob liberalen und politisch inzwischen rechts der Mitte tickenden Land nur noch eine Minderheit. Dieses Problem lässt sich nur durch eine andere Politik lösen. Mit repressiven Staaten haben wir in Deutschland nämlich ganz schlechte Erfahrungen gemacht.



Dieser Text ist aus der WELT AM SONNTAG. Wir liefern sie Ihnen gerne regelmäßig nach Hause.

[JETZT BESTELLEN](#)

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA 1499

NEIN 30

KOMMENTARE (2535)

Guten Tag, Mediagnose

Als WELTplus-Abonnent können Sie hier exklusiv Kommentare verfassen und sich mit Autoren und Lesern austauschen.

Ihr Kommentar

Diskutieren Sie mit...

0/2000 Zeichen

[ABSENDEN](#)

[FAQ](#) | [NUTZUNGSREGELN](#) | [COMMUNITY-PROFIL](#)

Kommentare anzeigen

Sortieren nach

100

BELIEBTESTE

KOMMENTARE NEU LADEN

M Mediagnose

Vielen Dank für Ihren Kommentar. Dieser wird nach Prüfung allen angezeigt.

Es gibt kein AfD-Problem. Es gibt ein Altparteien-Problem.

ANTWORTEN

LINK

MELDEN

0

RH Reiner H.

vor 24 Stunden

Sehr gut inspirierender Artikel werter Herr Martenstein. Volker Boehme-Neßler, Professor für Öffentliches Recht, Medien- und Telekommunikationsrecht an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, kritisiert die Aussagen von Faeser, die er als undemokratisches Denken bezeichnet. Er argumentiert, dass zur Demokratie die Möglichkeit gehört, den Staat zu kritisieren, auch auf polemische oder übertreibende Weise. Dies sei ein essenzieller Bestandteil der Meinungsfreiheit, die auch das Recht beinhalte, den

Staat zu verhöhnern. Faeser, als Innenministerin, solle eigentlich die Verfassung schützen, jedoch scheine sie die Verfassungslage nicht richtig zu verstehen. Dieser Meinung kann ich vollumfänglich zustimmen. Wenn die Ampel-Koalition alle ihre Pläne umsetzt (NGO-Bürgerräte, Meldestellen, Demokratiefördergesetz), bleibt von unserer Meinungsfreiheit in der Demokratie nichts mehr übrig.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [1281](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

M **Manu**

vor 24 Stunden

„Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf“

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [320](#)

16 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

GG **Gabriele G.**

vor 24 Stunden

Es tut immer gut zu wissen das man nicht alleine ist.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [981](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

UH **Ulf H.**

vor 24 Stunden

Richtig, Gabriele.

Dazu zählen nicht nur Autoren wie Herr Martenstein und viele seiner Kollegen, sondern auch die Leserkommentare unter den Artikeln.

Einen schönen Sonntag den Lesern hier!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [140](#)

10 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

KB **Kalle B.**

vor 24 Stunden

“Statt die Ursachen des Erstarkens anzugehen, bekämpfen sie die AfD mit Unterdrückung”

Und dabei kann ich heute schon nicht mehr meine Meinung sagen, ohne Gefahr zu laufen, meinen Job zu verlieren. Es wird immer schlimmer.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [787](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

AF **Andreas F.**

vor 24 Stunden

Ich muss mir auch immer öfter überlegen, was ich zum

Beispiel auf LinkedIn like.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [177](#)

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

NA **Norbert A.**

vor 24 Stunden

Alles 100% zutreffend. Nur wer soll eine andere Politik verwirklichen, wenn selbst die CDU in den Bundesländern ohne Not den Grünen ihre Meldestellen für nichtstrafbare, aber evtl. politisch unkorrekte Äußerungen einrichtet und finanziert? Da müssten schon Brandmauern fallen...

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [643](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

JM **Julian M.**

vor 24 Stunden

Das links grüne Denken zieht sich durch alle Institutionen... Da bleibt nur noch Flucht aus dem eigenen Land

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [175](#)

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

OK **Oliver K.**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

JM **Julian M.**

vor 24 Stunden

Das links grüne Denken zieht sich durch alle Institutionen... Da bleibt nur noch Flucht aus dem eigenen Land

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [175](#)

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

OK **Oliver K.**

vor 24 Stunden

„In einer liberalen Demokratie ist das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern bekanntlich ein völlig anderes als das, was der aktuellen Regierung vorschwebt. „

Herzlichen Dank für diesen klaren und präzisen Satz. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ein ganz klares Statement, dass wir uns von dem Pfad der Demokratie und Meinungsfreiheit wegbewegen.

Meinung ist nur noch frei, wenn sie passt.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [531](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

JM

Julian M.

vor 24 Stunden

Das ist wirklich erschreckend, vor allem die ÖRR die eigentlich für ausgewogene Berichterstattung, stehen spielen das ganze mit und verstärken den Trend

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [175](#)[1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN](#) ▾

CV

Christian V.

vor 24 Stunden

Danke Herr Martenstein. Ein guter Start in den Tag!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [408](#)[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ⤴

AG

Andreas G.

vor 24 Stunden

Wir können nur hoffen, dass wir diese Einstellung bei der nächsten Wahl auch ausdrücken können. Wer weiß, welche Parteien dann noch zugelassen sind.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [162](#)[7 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾

A

A.M.

vor 24 Stunden

Kompliment für diesen Artikel Herr Martenstein. Wenn Faeser und Paus gewinnen, wird es damit leider bald vorbei sein. Ich bin aber optimistisch. Auf Dauer hat noch keine Diktatur in Deutschland überlebt. Schönen Sonntag.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [407](#)[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ⤴

SS

Sebastian S.

vor 24 Stunden

Auf Dauer hat auch noch keine Demokratie in Deutschland überlebt.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [94](#)[8 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾

S

Seeforelle

vor 24 Stunden

Das einzige, was den Spuk schneller beenden könnte, wäre das Austreten der FDP aus der Ampel Koalition. Aber sie wird ihrer Verantwortung für unsere Demokratie nicht gerecht.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [406](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

TH **Thomas H.**

vor 24 Stunden

Machtgeilheit kommt vor Haltung.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  150

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

BB **Bernd B.**

vor 24 Stunden

Faeser und Paus verhöhnen unseren Staat. Sie sind es, die die Demokratie abschaffen. Das genaue Gegenteil von dem, was die reden, ist die Wahrheit. Aber auch das ist ja ein Merkmal von antidemokratischen Staaten.



 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  377

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

DM **Daniel M.**

vor 23 Stunden

Faeser hat seit Jahren immer das Gegenteil von dem getan, was sie gesagt hat. Einige Beispiele: Demokratiefördergesetz = Eigene Verbände bekommen Geld, Andersdenkende - selbst Spender ! - Werden überwacht und verfolgt. Grenzkontrollen - Polizei darf nicht abweisen, es wird also nur mehr registriert und Taxi gespielt. Faeser ist gefährlich und sie ist gut in dem was vor hat.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  40

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

B **Bierbock**

vor 24 Stunden

Das Schlimme ist daß Hunderttausende genau für diese Zustände auf die Straße gehen. Ich verstehe meine Mitbürger nicht mehr.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  335